



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**26. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.12.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:49 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Renate Prüß - SPD	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Sandra Odendahl - SPD	
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Heiko Robert Christiansen - AfD	
Nil Gersdorf - CDU	
Max Manegold - FDP	
Volker Nehrhoff - CDU	Vertretung für: Herrn Delf Kröger
Christoph Hermann Olsen - CDU	Vertretung für: Frau Michelle Akyurt
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Judith Balke
Bianca Szygula - LINKE & GAL	Vertretung für: Herrn Andreas Müller Fraktionsvorsitzender
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	
Marion Bigus - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Vertretung für: Herrn Christian Rettberg
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
<b>Verwaltung</b>	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	
Dr. Julia Schiffner - 2.530 Gesundheitsamt	

Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	bis 16:15 Uhr TOP 1 Abstimmung über die Dringlichkeit
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	bis 16:15 Uhr TOP 1 Abstimmung über die Dringlichkeit
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	bis 16:15 Uhr TOP 1 Abstimmung über die Dringlichkeit
<b>Protokollführung</b>	
Anne Wohlrab - 2.020 FBC	
<b>Gäste</b>	
Hardy Möller -	
Pauline Rischer -	
Friedmann Ulrich -	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - CDU	-entschuldigt-
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	-entschuldigt-
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	-entschuldigt-
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	-entschuldigt-
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Wolfgang Baasch - SPD	-entschuldigt-
Katrin Funk - Die Fraktion	-entschuldigt-
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	-entschuldigt-
Delf Kröger - CDU	-entschuldigt-
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	-entschuldigt-
<b>Verwaltung</b>	
Julia Nowack - 2.500 Soziale Sicherung	-entschuldigt-
FB 2 Personalrat - Personalrat	-abwesend-

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung	
3.2	Antwort auf Anfrage AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Wohnsituation im Wohnkomplex Klipperstraße	<b>VO/2025/14509-01</b>
3.3	aktueller Sachstand Housing first	
4	Berichte	
4.1	Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	<b>VO/2023/11920-02</b>
4.2	Tag der seelischen Gesundheit	<b>VO/2025/14670</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wohnungsmarktstrategie Lübeck	<b>VO/2025/14628</b>
5.2	Wirtschaftsplan 2026 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung-EäE)	<b>VO/2025/14584</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende begrüßt die Gäste Herrn Ulrich von der DNNO und die Gebärdendolmetscher Herrn Hardy Möller und Frau Pauline Rischer.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herr Christoph Hermann Olsen mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende erklärt, da bisher keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vorliegen und im nichtöffentlichen Teil nur die Niederschrift zu verabschieden wäre, dieses bereits unter TOP 2 abzuarbeiten und damit keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil zu haben. Sollte im Verlauf der Sitzung dennoch Bedarf an einer nichtöffentlichen Beratung bestehen, kann die Festlegung der Teilnehmenden nachgeholt werden.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass folgende Tagesordnungspunkte noch zur heutigen Sitzung im Zuge einer Nachtragstagesordnung angemeldet wurden:

#### **Ö 4.1 VO/2023/11920-02**

*Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des HGH als Alten- und Pflegeheim*

#### **Ö 4.2 VO/2025/14670**

*Tag der seelischen Gesundheit*

#### **Ö 5.2 VO/2025/14584**

*Wirtschaftsplan 2026 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (Eigenbetriebs-ähnliche Einrichtung-EäE)*

Zu diesem TOP ist eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit erforderlich, die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die Tagesordnung um den TOP 4.1 nicht zu erweitern. (8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung um den TOP 4.2 zu erweitern. (11 Ja-Stimmen)

Der Ausschuss beschließt die Tagesordnung um den TOP 5.2 nicht zu erweitern. (8 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen)

Die anwesenden Ausschussmitglieder tragen keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vor und begrüßen das vorgeschlagene Verfahren.“

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

#### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2025**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende lässt über die gesamte Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 11 Ja-Stimmen mehrheitlich die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Die gesamte Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

Herr Müller-Lornsen fragt nach dem Stand der Beantwortung der  
*VO/2025/14524 AM Heiner Popken (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Entwicklung und Ausgestaltung der Leistungsangebote nach SGB IX im Hinblick auf den Sicherstellungsauftrag (§ 95 SGB) seit dem 1.1.2020 in Lübeck*

Frau Steinrücke teilt mit, dass die Verwaltung mit diesem Protokoll mitteilen wird, zu wann mit einer Antwort zu rechnen ist.

Frau Prüß stellt eine Anfrage bezüglich der Budgetverträge, sowie auch dem Stellenplan. Sie weiß, dass die Pflichtaufgaben Vorrang haben. Des Weiteren würde Frau Prüß gerne wissen ob es Ideen zum Umgang mit der Deckelung der Budgetverträge gibt und wie es mit den Stellen im Jugendamt aussieht.

Frau Steinrücke teilt mit, dass erst einmal alles sortiert werden muss nach dem Beschluss des Haushaltsbegleitbeschlusses. Dieser soll wohl auch für 2027 und 2028 für den Stellenplan zu Grunde gelegt werden.

Es wird jetzt priorisiert und die oberste Priorität haben die Gefahrenabwehr und die Existenzsicherung der Bürger:innen.

Darunter fällt die Feuerwehr, das Jugendamt und die Soziale Sicherung. Aufgrund eines Gutachtens, resultierend aus einer Organisationsuntersuchung, fehlen viele Stellen im Bereich Jugendamt und aufgrund des Haushaltsbegleitbeschlusses wird nun im eigenen Fachbereich geprüft werden müssen, wie man die Stellen zur Verfügung stellen kann.

Für Stellen die freiwilligen Aufgaben abdecken sollen, sind die Stellenausschreibungen gestoppt bzw. werden nicht weiterverfolgt.

2026/2027 und 2028 muss sichergestellt werden, dass mit dem vorhandenen Personal die Pflichtaufgaben erfüllt werden können.

Es müssen alle Aufgaben sortiert und geprüft werden. Die Stabsstelle Migration und Ehrenamt ist eine freiwillige Aufgabe und sollte dort das Personal nicht mehr vorhanden sein, werden diese Stellen laut Haushaltsbegleitbeschluss nicht wiederbesetzt.

Mit dem Bürgerschafts-Beschluss werden keine freiwilligen Aufgaben mehr besetzt, sondern nur noch die Pflichtaufgaben.

Frau Siegenbrink teilt mit, dass bei den Budgetverträgen die Kosten geprüft werden oder sie neu verhandelt werden sollten. Wichtig ist zu schauen, was die Stadt sich leisten kann. Sie hofft, dass der Bürgermeister nicht im sozialen Bereich streichen wird, denn dies wolle die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nicht. Sie wollen, dass es keine Stellenmehrung gibt, da es genug Stellen in der Verwaltung gibt.

Frau Steinrücke teilt mit, dass der Bürgermeister natürlich nicht nur im sozialen Bereich streichen wird. Trotzdem stehen die Pflichtaufgaben an erster Stelle und dann kommen erst die freiwilligen Aufgaben und das wird auch im Fachbereich Soziales so sein.

Die Bürgerschaft muss dann mit Beschlüssen entschieden, dass andere Stellen geschaffen werden sollen.

Die Erfüllung der Pflichtaufgaben mit den zur Verfügung stehenden Stellen wird die Verwaltung vor Herausforderungen stellen und das muss jetzt genau geprüft, sortiert und angeschaut werden.

Frau Odendahl teilt mit, dass das Meiste gesagt wurde.

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben das zwar nicht so gewollt, aber so entschieden und die Verwaltung mit dem Haushaltsbegleitbeschluss die Hände gebunden.

Frau Siegenbrink erläutert nochmal die Intention hinter dem Beschluss. Wenn man schon 4.500 Stellen habe, benötige man zur Erfüllung der Pflichtaufgaben nicht noch mehr Stellen. Es soll nicht im sozialen Bereich gestrichen werden.

Frau Prüß teilt mit, dass auch im sozialen Bereich gestrichen werden muss und dass die Auswirkungen nun beobachtet werden müssen. Es ist auch eine Entscheidung der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN gewesen.

### **zu 3.1     Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung**

Frau Claus teilt mit, dass es keinen neuen Sachstand in der sozialen Sicherung gibt. Frau Claus stellt Frau Lipkow als neue Abteilungsleiterin für die Unterkunftssicherung verschiedenen Themen vor.

Frau Lipkow teilt kurz mit, was ihre Aufgaben sind.

Frau Steinrücke teilt mit, dass das Ausschreibungsverfahren für die Stelle der Bereichsleitung nicht den gewünschten Erfolg hatte und die Stellenausschreibung vor einer erneuten Ausschreibung angepasst wird. Der Fokus soll auf Führungs- und Managementkompetenzen und –erfahrungen liegen.

Die Stelle von Frau Claus bleibt vakant und wird von dem Interims Team übernommen. Dieses Team besteht aus zwei stellvertretenden Bereichsleitern und zwei bis drei Mitarbeiter:innen im Assistenzstab.

2026 soll es die Organisationsentwicklung des Bereichs 2.500 geben.

Dem Ausschuss werden die Stellvertreter noch vorgestellt.

Herr Manegold fragt, welche Auswirkungen die noch zu besetzenden Stellen in der Sozialen Sicherung auf die Bürger:innen hat.

Frau Claus teilt mit, dass alle 7 Stellen zum 01.01.2026 besetzt sind, dies aber nicht gleich große Auswirkungen haben wird, da die neuen Mitarbeiter:innen erst noch eingearbeitet werden müssen. Dies wird seine Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Siegenbrink fragt nach, in welchen Bereichen die 7 Stellen besetzt werden.

Frau Claus teilt mit, dass diese Stellen alle in der Grundsicherung besetzt wurden auch durch Mitarbeiter:innen die sich intern beworben haben. In den Bereichen sind dann jetzt offene Stellen.

Frau Steinrücke teilt noch einmal mit, dass die Einarbeitung bis zu 6 Monate dauern kann und die Vergangenheit auch gezeigt hat, dass nicht alle Mitarbeit:innen bleiben. Das heißt, es muss Zeit investiert werden, um zu motivieren und zu begleiten, damit die Stadt das Personal auch behält und die Fluktuation nicht mehr so hoch ist.

**zu 3.2 Antwort auf Anfrage AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):  
Wohnsituation im Wohnkomplex Klipperstraße  
Vorlage: VO/2025/14509-01**

Herr Müller-Lornsen teilt mit, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist, da diese seines Erachtens nicht der Realität entspricht. Der Wohnkomplex in der Klipperstraße sei sehr vermüllt. Die Antwort beschreibt das komplette Gegenteil. Herr Müller-Lornsen würde gerne eine gemeinsame Begehung mit dem Ordnungsamt machen.

Frau Steinrücke teilt mit, dass der Bereich des Ordnungsamtes bei Senator Herrn Hinsen liegt und nicht in ihrem Bereich und sie daher keine Entscheidung diesbezüglich treffen könne. Herr Müller-Lornsen möge sich deshalb an Herrn Senator Hinsen wenden, ob es eine Möglichkeit gäbe eine gemeinsame Begehung durchzuführen und sich so ein gemeinsames Bild von der Situation vor Ort zu machen.

Frau Szygula teilt mit, dass Sie 4 Wochen nach der Mitteilung der LN vor Ort war und ein katastrophaler Zustand vor zu finden war. Es sollen 2,2 Tonnen Sperrmüll im Treppenhaus vorgefunden worden sein. Zwei der drei Fahrstühle würden nicht funktionieren. Die Keller laufen mit Wasser voll, teilweise bis zu den Lichtschaltern, wenn es regnet. Dies ist eine Gefahr besonders auch für Kinder.

Frau Steinrücke teilt mit, dass sie die Unzufriedenheit versteht. Das Wohnraumschutzgesetz ist im Land Schleswig-Holstein eine freiwillige Aufgabe in den Kommunen. Dieses kann durch den Haushaltsbegleitbeschluss so nicht umgesetzt werden. Es wurde ein Gesprächsangebot dem Inhaber mitgeteilt.

Frau Claus teilt daraufhin mit, dass sich der kaufmännischer Asset Manager der Eigentümergesellschaft des Gebäudekomplexes mit ihr in Verbindung gesetzt hat und ein Gesprächswunsch unterbreitet hat. Ein gemeinsames Gespräch hat bisher jedoch noch nicht stattgefunden.

Frau Szygula findet Gespräche ohne die Bewohner nicht richtig.

Frau Steinrücke teilt mit, dass der Ausschuss dies mehrfach diskutiert hat und es wohl an dieser Stelle angebracht wäre diese Beschluss auch in den Bauausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gegeben werden sollte. Dies muss aber von der Politik kommen.

Des Weiteren wollte die Politik die Soziale Mieterberatung nicht (Anlaufstelle für Mieter). Die Umsetzung des Wohnraumschutzgesetz ist eine freiwillige Leistung und keine Pflichtaufgabe.

Frau Siegenbrink fragt, ob dieses Thema generell der Bereich von Senator Hinsen ist. Sie haben die Verortung des Wohnraumschutzgesetzes im Bereich Soziales eingesehen.

Frau Steinrücke ergänzt, dass es Strukturen geben muss um, das Wohnraumschutzgesetz umzusetzen. Das Wohnraumschutzgesetz liegt in Teilen auch im Sozialbereich, ist aber eine Aufgabe, die mehrere Fachbereiche betrifft.

Es fehlt allerdings Personal, um dieses als freiwillige Aufgabe umzusetzen. Durch den Haushaltsbegleitbeschluss kann hierfür kein zusätzliches Personal eingesetzt werden. Die Verwaltung findet dies selbst unbefriedigend. Andere Bundesländer haben schon länger entschieden, dass es zu den Pflichtaufgaben gehören muss.

Frau Odendahl teilt mit, dass die SPD den Mieterschutz und die Mieterberatung vorgeschlagen hat, dieser Antrag aber von den anderen Parteien abgelehnt wurde.

Frau Prüß teilt mit, dass die Presse und die Antwort auf die VO nicht übereinstimmen. Die VO sollte auch an den Bauausschuss und an den Ausschuss USO gehen.

Herr Müller-Lornsen stimmt dem zu und wird dies in Bauausschuss und den Ausschuss USO über die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN geben. Damit die VO im Anschluss wieder in den Ausschuss für Soziales gegeben werden kann.

**Beschluss:**

1. Hat die Stadtverwaltung bereits eine Begehung des Wohnkomplexes in der Klipperstraße durchgeführt? Falls ja, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis?

2. Wurden bereits Maßnahmen gemäß des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetzes (SHWoSchG) zur Beseitigung der festgestellten Missstände eingeleitet? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen und in welchem Stadium der Umsetzung befinden sich diese?

3. Falls bisher keine Maßnahmen ergriffen wurden: Plant die Verwaltung zeitnah eine Überprüfung der Wohnverhältnisse und gegebenenfalls die Einleitung entsprechender Schritte?

4. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um kurzfristig eine Verbesserung der Wohnsituation für die Mieterinnen und Mieter zu erreichen?

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:  
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 aktueller Sachstand Housing first**

Herr Ulrich von der DNNO teilt an Hand einer PowerPoint Präsentation den Stand bei „Housing first“ mit.

17:01 Uhr Herr Olsen verlässt die Sitzung

17:04 Uhr Herr Olsen nimmt an der Sitzung wieder teil.

17:06 Uhr Frau Steinrücke verlässt die Sitzung.

17:08 Uhr Frau Steinrücke nimmt an der Sitzung wieder teil.

Frau Szygula hat sich sehr über die Präsentation gefreut. Sie möchte gerne wissen, ob ein Suchtproblem zum Ausschluss an der Teilnahme an „Housing first“ führen kann, auch wenn sich die Personen an Absprachen halten.

Herr Ulrich beantwortet dies damit, dass die meisten Klienten aus dem Bereich der Sucht kommen, die sich beim „Housing first“ melden.

Frau Szygula fragt, ob es den Menschen egal ist, ob es ein eigener Mietvertrag oder ein Untermietvertrag ist.

Herr Ulrich antwortet, dass dies bei akuter Wohnungsnot nicht entscheiden ist. Es gibt aber auch Klienten, die einen eigenen Mietvertrag erhalten.

Frau Steinrücke teilt mit, dass ein eigener Mietvertrag nicht so wichtig ist, wie Wohnraum zu haben. Nach drei Jahren können die Mieter dann auch deutlich sagen, ob sie einen eigenen Mietvertrag haben möchten oder im Untermietvertrag bleiben.

Herr Müller-Lornsen bedankt sich für den Vortrag und freut sich, dass es so etwas in Lübeck gibt. Er würde gerne wissen, was man aus der Politik machen kann, damit die Mietkosten auch schnellstmöglich übernommen werden.

Frau Claus teilt mit, dass es schnell geht in der Grundsicherung, da die Versorgung mit Wohnraum die höchste Priorität habe und somit vorgezogen werde. Insgesamt werden bei „Housing first“ 10 Wohnungen in drei Jahren vermittelt.

Frau Siegenbrink teilt mit, dass es auch schon in anderen Städten solche Projekte gibt.

Frau Dr. Schleker bedankt sich und teilt mit, dass die DNNO durch ihre anderen Standorte schon Erfahrungen hat und kein ganz neues Konzept aufbereiten musste. Des Weiteren möchte sie gerne wissen, wie es nach den 3 Jahren aussieht, ob die Mieter dann wieder aus den Wohnungen raus müssen und wie das Alter der Mieter ist.

Herr Ulrich teilt mit, dass das Alter der Mieter recht breit gefächert ist. Die jungen Erwachsenen werden nicht im „Housing first“ aufgenommen, da es für sie ein anderes breites Hilfespektrum gibt.

Das Alter der Mieter wird zwischen 40-65 Jahre sein.

Wenn die drei Jahre vorbei sind, dann dürfen die Mieter natürlich in den Wohnungen bleiben, da es sich um ganz normale Mietverträge handelt.

Die Vorsitzende bedankt sich.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 4</b>	<b>Berichte</b>
-------------	-----------------

<b>zu 4.1</b>	<b>Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim Vorlage: VO/2023/11920-02</b>
---------------	--

**Beschluss:**

Interfraktioneller Antrag zur Bürgerschaftsbeschlussfassung:

1. Das Alten- und Pflegeheim (APH) im Heiligen-Geist-Hospital (HGH) wird weiterhin dauerhaft (mindestens 40 Jahre) von den Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck betrieben.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt

aufgrund der Grundlage der für das HGH erteilten Baugenehmigung vom 04.03.2021 unverzüglich mit der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes zu beginnen und rechtzeitig vor Ablauf der Baugenehmigung den Baubeginn der zuständigen Behörde anzuzeigen;

alle rechtlichen und tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um den Weiterbetrieb des APH sicherzustellen, insbesondere bei ergangener Nutzungsunter-sagung;

den Aufnahmestopp unverzüglich aufzuheben und eine Mindestzahl von 60 Plätzen sicher zu stellen;

die unterbrochenen und wieder aufgenommenen Planungen – das HGH für die nächs-ten 40 Jahre, sachgerecht zu sanieren – dauerhaft führen;

der Bürgerschaft ein Konzept für abschnittsweise Sanierung im laufenden Betrieb vorzulegen;

den jeweiligen Sachstand der >Bürgerschaft vierteljährlich – in Eilfällen unverzüglich mitzuteilen

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:  
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

*Der Ausschuss stimmt mit  
8 Nein-Stimmen, und 3 Enthaltung  
gegen den Nachtrag auf die Tagesordnung.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Tag der seelischen Gesundheit  
Vorlage: VO/2025/14670**

Frau Dr. Schiffner präsentierte an Hand der PowerPoint Präsentation, wie der „Tag der seelischen Gesundheit“ verlief.

17:37 Frau Siegenbrink verlässt die Sitzung

17:40 Uhr Frau Siegenbrink ist zur Sitzung zurück.

Herr Müller-Lornsen bedankt sich bei allen die an diesem Tag mitgewirkt haben. Das Feedback von der Umfrage die vor Ort gemacht wurde spricht für sich, ist aber noch verbesserungsfähig.

Das Übergangshaus steht nächstes Jahr nicht mehr zur Verfügung. Für diese Veranstaltung war es perfekt, da es zentral liegt und barrierefrei ist. Nächstes Jahr wäre das Rathaus ein guter Ort.

Herr Müller-Lornsen geht davon aus, dass für nächstes Jahr ein Beschluss benötigt wird um diese Veranstaltung zu wiederholen.

Frau Steinrücke teilt mit, dass das Rathaus ein toller Ort wäre, dieses aber nicht zu 100% barrierefrei sei. Des Weiteren ist abzuwarten, ob wir diese Veranstaltung im kommenden Jahr überhaupt machen können. Da die Priorisierung erst einmal auf die Pflichtaufgaben gesetzt werden muss, durch den Haushaltsbegleitbeschluss.

Frau Dr. Schleker bedankt sich für die Präsentation und fragt wie man die älteren Bürger:Innen besser erreichen kann. Sie schlägt vor, sich mit den Hausarztpraxen in Verbindung zu setzen.

Frau Dr. Schiffner teilt mit, dass sie sich an die Hausarztpraxen per Mail gewendet haben, aber es wohl besser ist, dies über ausgelegt Flyer zumachen, da dies anonym dann ist.

Frau Dr. Schleker stimmt dem zu, dass es besser ist. So kann jeder entscheiden ob es sich einen Flyer mitnimmt.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 5</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

<b>zu 5.1</b>	<b>Wohnungsmarktstrategie Lübeck</b> <b>Vorlage: VO/2025/14628</b>
---------------	---

Die Vorsitzende Frau Prüß teilt mit, dass der Beschluss im Bauausschuss vertagt wurde.

Frau Steinrücke teilt mit, dass der Bauausschuss erst darüber beraten sollte.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft beschließt die Wohnungsmarktstrategie mit den in der Begründung aufgeführten Maßnahmen. Der Prozess zur Wohnungsmarktstrategie soll fortgeführt werden.

***Der Ausschuss für Soziales  
stimmt einstimmig (11 Ja-Stimmen) über die Vertagung ab.***

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.2    Wirtschaftsplan 2026 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck  
(Eigenbetriebsähnliche Einrichtung-EäE)  
Vorlage: VO/2025/14584**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2026 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird in der Fassung der Anlage 2 des Wirtschaftsplanes - gemäß § 5 Ans. 1, Nr. 6 Eigenbetriebsverordnung- festgestellt.

*Der Ausschuss stimmt mit  
8 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung  
gegen den Nachtrag auf die Tagesordnung.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6    Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7    Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8    Verschiedenes**

Frau Szygula berichtete vom Sonntagsfrühstück mit den Obdachlosen. Diese teilten mit, dass sie aus dem Bereich des Weihnachtsmarktes vom Ordnungsamt vertrieben werden und sie weg sollen. Des Weiteren sei ein Bauzaun um den Schuppen F aufgestellt worden. Viele Obdachlosen würden dort ihre Habseligkeiten verwahren und kommen nun dort nicht mehr ran. Wie soll damit mit umgegangen werden?

Frau Steinrücke teilt mit, dass es darauf eine schriftliche Antwort geben werde.

Frau Szygula fragt, wie der Stand bezüglich der Bezahlkarte für Asylsuchende ist. Diese soll wohl ab dem 31.12.2025 bis spätestens 01.05.2026 eingeführt werden.

Frau Steinrücke teilt mit, dass sie vom Ausführungserlass erst heute am Sitzungstag erfahren hat. Dies müsse nun erst einmal sortiert und beurteilt werden.  
Es werde zum nächsten Ausschuss ausgearbeitet und präsentiert werden..

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Da keine Themen für den nichtöffentlichen Teil zu beraten sind, schließt die Vorsitzende um 17:49 Uhr die Sitzung.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 22. Januar 2026

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Anne Wohlrab  
Protokollführung